

Berlin, im November 2020

Analyse und Beratung
Demokratie, Recht und Parteien



Parteienmonitor

Trends und Perspektiven der Parteiendemokratie

Innerparteiliche Beteiligung im Zeichen von Digitalisierung und Mitgliederschwind

Franziska Fislage und Karsten Grabow

Inhaltsverzeichnis

Das Wichtigste in Kürze 2

1. Einleitung	3
2. Was sind digitale Beteiligungsmöglichkeiten?	4
3. Wie digital sind die Beteiligungsmöglichkeiten in den Parteien?	4
4. Potenziale der Parteien	11
5. Innerparteiliche Beteiligung und Mitgliederdynamik	12
6. Fazit	14

Die Autoren 18

Das Wichtigste in Kürze

- > Lange vor der gegenwärtigen Corona-Pandemie haben Parteien begonnen, ihren Mitgliedern und Sympathisanten digitale Beteiligungsmöglichkeiten anzubieten. Damit wollten sie zum einen dem Wunsch nach mehr Mitsprache- und Entscheidungsmöglichkeiten für die jeweilige Basis entsprechen. Zum anderen galten digitale Beteiligungsmöglichkeiten auch als Versuch, Parteimitgliedschaften attraktiver zu machen, weil Mitglieder die Möglichkeit haben sollten, sich ortsunabhängig und themenorientiert in die Parteiarbeit einzubringen.
- > Corona hat die Digitalisierung in den Parteien lediglich beschleunigt. Diese Studie untersucht die aktuellen digitalen Beteiligungsmöglichkeiten in deutschen und österreichischen Parteien.
- > Das Ausmaß an digitalen Beteiligungsmöglichkeiten in den Parteien schwankt erheblich. Die digitalste Partei ist die FDP, dicht gefolgt von der CSU. Die Parteien, die ihren Anhängerinnen und Anhängern die wenigsten digitalen Beteiligungsmöglichkeiten anbieten, sind DIE LINKE und die österreichischen Grünen. Die digitalen Beteiligungsmöglichkeiten in der ÖVP, die sich als Vorreiter digitaler Mobilisierung gibt, sind überraschend schwach ausgeprägt.
- > Im Einzelfall gibt es zwar eine Kovarianz zwischen zahlreichen digitalen innerparteilichen Beteiligungsmöglichkeiten und positiver Mitgliederentwicklung, z.B. bei der FDP und bei Bündnis 90/Die Grünen. Über alle Parteien, die im Rahmen der Studie untersucht wurden, ist der Zusammenhang zwischen dem Ausmaß an digitalen Beteiligungsmöglichkeiten und der Mitgliederentwicklung jedoch schwach.
- > Digitale Beteiligungsmöglichkeiten werden zweifellos in Zukunft weiter zunehmen. Ein Mittel, Mitgliederverluste zu stoppen oder andere Strukturprobleme von Parteien damit lindern zu wollen, sind sie nicht.

1. Einleitung

Vielen Parteien wird regelmäßig ein „Krisenzustand“ diagnostiziert.¹ Insbesondere die (einstigen) Volksparteien sind davon betroffen. Sinkende Mitgliederzahlen, fehlender Nachwuchs und folglich eine Überalterung der Mitglieder, starre Organisationsroutinen oder zunehmende Wählervolatilität sind nur einige Aspekte, die in diesem Zusammenhang genannt seien. Andere Parteien hingegen gewinnen Mitglieder, vor allem die sogenannten „Kleinen“², für die diese Bezeichnung zum Teil kaum noch zutreffend ist. Ungeachtet derartiger Zuwächse zeigt der langfristige Trend der Mitgliederentwicklung in den Parteien, nicht nur in Deutschland, nach unten.³

Die Diskussion über die Zukunftsfähigkeit und Attraktivität von politischen Parteien flaut somit nicht ab. Oftmals wird der Vorwurf laut, die Parteien seien nicht mehr attraktiv genug, insbesondere für junge Menschen.⁴ Dabei zeigen nicht zuletzt die Fridays-For-Future-Bewegungen, dass die jüngeren Generationen sehr wohl politisch interessiert sind, sich jedoch nicht mehr zwangsläufig an eine Partei binden wollen, um ihren politischen Interessen Nachdruck zu verleihen. Ihr politisches Engagement ist zunehmend „kontextabhängig, themenorientiert und temporär“.⁵

Um den veränderten Partizipationserwartungen und -wünschen der potentiellen Anhängerinnen und Anhänger gerecht zu werden und die verfügbaren technischen Möglichkeiten zu nutzen, haben Parteien in den letzten Jahren die digitalen innerparteilichen Beteiligungsmöglichkeiten ausgeweitet. Damit sollten sich Mitglieder und Sympathisanten stärker themenorientiert und ortsungebunden in die Parteiarbeit einbringen und miteinander vernetzen können. Damit verbunden war die Hoffnung auf eine basisdemokratische Stärkung und allgemeine Belebung der Parteiarbeit.⁶ Zudem bestand die Hoffnung, dass digitale Beteiligungsmöglichkeiten die Mitwirkung an Parteiarbeit, sei es als ordentliches Mitglied, temporäres Mitglied oder Sympathisant, attraktiver machen und Mitglieder gehalten oder gar neu gewonnen werden könnten.⁷

Diese Studie untersucht, welche digitalen Beteiligungsmöglichkeiten Parteien ihren Mitgliedern und Sympathisanten heute anbieten. Um ein umfassendes Bild zu erhalten, haben wir im Juni 2020 diejenigen Parteien zur Teilnahme an der Untersuchung eingeladen, die im Deutschen Bundestag und im Nationalrat Österreichs vertreten sind. Lediglich die AfD, die FPÖ und die SPÖ haben nicht teilgenommen. Somit liegen uns Informationen von CDU, CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP, ÖVP, Die Grünen Österreich und von den NEOS vor.⁸ Die Untersuchung basierte auf einem standardisierten Fragebogen, der 37 Fragen zu verschiedenen Aspekten der innerparteilichen Beteiligungsmöglichkeiten umfasste. Aus den Antworten haben wir einen Index der digitalen innerparteilichen Beteiligungsmöglichkeiten gebildet. Dabei zeigte sich: Es gibt deutliche, teilweise überraschende Unterschiede zwischen den Parteien hinsichtlich des Digitalisierungsgrades der Beteiligungsmöglichkeiten. Die Spanne

reicht von Parteien, die man zurecht als „digital“ bezeichnen kann, bis hin zu solchen, die ihren Anhängern kaum digitale Beteiligungsmöglichkeiten anbieten.

2. Was sind digitale Beteiligungsmöglichkeiten?

Parteien sind gezwungen, besonders schnell auf Veränderungen ihrer Umwelt zu reagieren, um mit den technischen Möglichkeiten und veränderten Teilnahmewünschen ihrer anvisierten Zielgruppen Schritt zu halten. Schon sehr frühzeitig wurden die Möglichkeiten der online-basierten Parteiarbeit entdeckt. Der „Virtuelle Ortsverein“ der SPD, ein beim Parteivorstand angesiedelter Arbeitskreis, oder der virtuelle Landesverband „Landesverband Net“ der FDP waren hier zu Beginn bzw. Mitte der 2000er Jahre Vorreiter.⁹ Zur gleichen Zeit etwa forcierten alle Parteien online-basierte „Mitmach“-Wahlkämpfe mit entsprechenden Websites, auf denen Kampagnenmaterialien bereitgestellt wurden. Darüber hinaus bieten Parteien ihren Mitgliedern und Sympathisanten schon seit Jahren digitale Beteiligungsmöglichkeiten an. Die bekanntesten sind sicherlich die Online-Plattformen wie „CDU plus“, „Meine SPD.net“, „Das Grüne Netz“ oder „meine freiheit“. Hier können sich Mitglieder und teilweise auch Nichtmitglieder registrieren, sich über Veranstaltungen der Partei informieren, Informationsmaterial abrufen, sich mit Gleichgesinnten vernetzen und austauschen, sich zu gemeinsamen Aktionen verabreden oder Debatten führen. Parallel zu den Plattformen sind Online-Themenforen hinzugekommen, auf denen sich Anhänger einer Partei orts- und zeitunabhängig an inhaltlichen Debatten beteiligen können. Manche dieser Online-Themenforen wie z.B. das Themenforum „SPD++“ haben mittlerweile sogar das Recht, Anträge zu Parteitag zu stellen oder Delegierte dorthin zu entsenden.

Online-Abstimmungen als Ergänzung zu herkömmlichen Abstimmungen auf Parteitagen,¹⁰ Mitgliederbefragungen wie die Abstimmung der SPD-Mitglieder über den Koalitionsvertrag Anfang 2018 oder die neue Parteiführung ein Jahr darauf, Mitglieder-Apps sowie Online-Seminare und -Veranstaltungen sind weitere Indizien einer auch für Parteien unaufhaltsam voranschreitenden Digitalisierung. Diese hat durch die aktuelle Corona-Pandemie und pandemiebedingte online durchgeführte Parteiversammlungen (sogenannte Corona-„Parteitage“) einen zusätzlichen Schub erhalten.¹¹

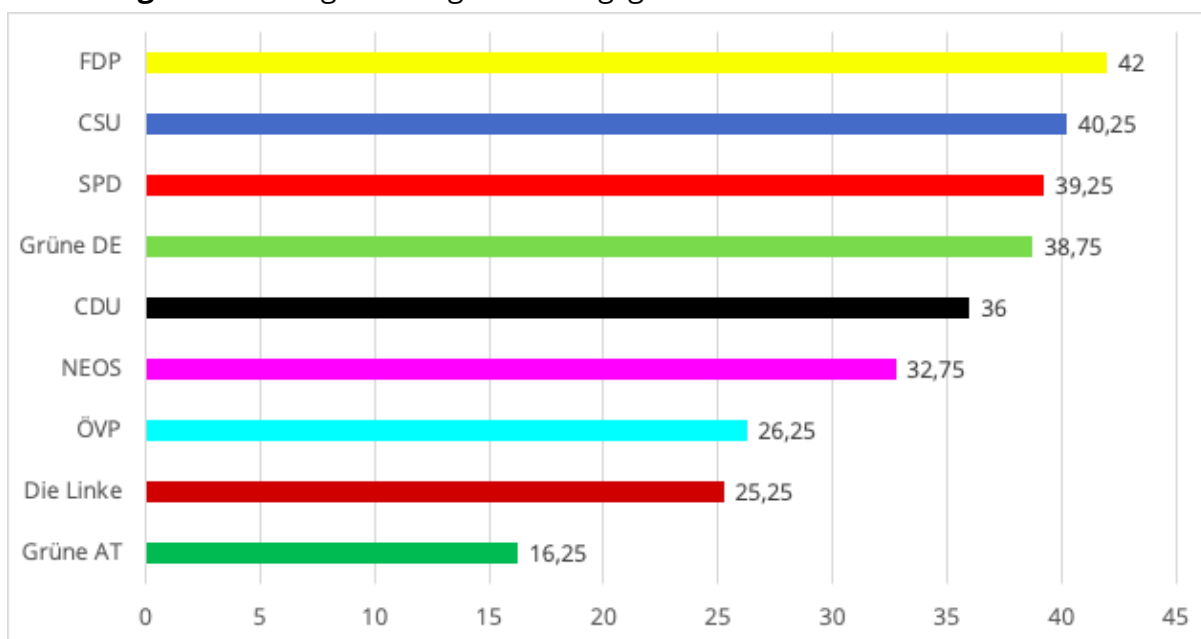
3. Wie digital sind die Beteiligungsmöglichkeiten in den Parteien?

Aus den zahlreichen Einzelaspekten der innerparteilichen Digitalisierung haben wir den „Grad“ der digitalen Beteiligungsmöglichkeiten berechnet. Abgesehen von der vergebenen Punktzahl handelt es sich dabei um einen dimensionslosen Wert, der wie alle Indizes eine numerische Übertragung von Variablen auf eine gemeinsame Basis ist. Dieses bewährte Verfahren dient zum einen der statistischen Erfassung eines Beobachtungsgegenstands, hier der digitalen Beteiligungsmöglichkeiten der untersuchten Parteien, zum anderen der Sichtbarmachung von unterschiedlichen Ausprägungen dieses Phänomens. Als Einzelwert ist er wenig aussagekräftig, weil vermutlich keine

Studie exakt dieselben Variablen oder Codierungen verwenden würde. Der Vorteil von Indizes liegt klar in seiner Effizienz: Variablen unterschiedlicher Ausprägungen (absolute Zahlen, relative Zahlen, Zeitangaben etc.) können durch Transformation miteinander verglichen und Varianzen innerhalb der untersuchten Gruppe sichtbar gemacht werden. Dies wiederum ist Voraussetzung für jede weitere Analyse eines Untersuchungsgegenstands.

Für diese Studie gilt, je höher der Indexwert, desto umfangreicher sind die digitalen Beteiligungsmöglichkeiten in einer Partei.

Abbildung 1 Gesamtergebnis Digitalisierungsgrad



Der Grad der digitalen Beteiligungsmöglichkeiten variiert recht stark. Ein Großteil der Parteien bietet verschiedene Möglichkeiten für die innerparteiliche Beteiligung, wie Online-Abstimmungen, Mitgliederentscheide, Online-Parteitage, Plattformen für die Parteiarbeit, Online-Seminare, Mitglieder-App, Newsletter, Social-Media-Kanäle sowie spezielle Angebote für Neumitglieder und interessierte Nicht-Mitglieder. Die Parteien, die ihren Mitgliedern und Sympathisanten die meisten digitalen Beteiligungsmöglichkeiten bieten, sind die FDP und die CSU, dicht gefolgt von der SPD (vgl. Abbildung 1). Sie erreichen 42, 40,25 bzw. 39,25 von 62 möglichen Punkten.¹² Bündnis 90/Die Grünen folgen mit 38,75 Punkten unmittelbar auf die SPD. Am geringsten ausgeprägt sind die digitalen Beteiligungsmöglichkeiten bei den österreichischen Grünen.

Die Einzelergebnisse lassen sich in folgende Kategorien einteilen: (1) Online-Abstimmungen, (2) Mitgliederentscheide, (3) Online-Parteitage, (4) Plattformen, (5) Online-Veranstaltungen, (6) Mitglieder-App, (7) Newsletter, (8) Angebote für Neumitglieder und interessierte Nicht-Mitglieder, (9) Social-Media-Kanäle, (10) Mitgliedermanagement.

Online-Abstimmungen

In dieser Kategorie ging es um die Frage, ob die Partei von Online-Abstimmungen Gebrauch macht. Lediglich die österreichischen Grünen, die ÖVP und die Linkspartei antworteten hier mit „Nein“. Alle anderen Parteien antworteten mit „Ja“. Jedoch unterscheiden sich die Parteien hinsichtlich des Zeitraums, seit wann Online-Abstimmungen durchgeführt werden und ob diese bei Sach- und/oder Personalfragen durchgeführt werden. Die CDU nutzt Online-Abstimmungen am längsten, nämlich seit 2000, gefolgt von der FDP, die seit 2001 Online-Abstimmungen durchführt. Bei den österreichischen Parteien werden bei den NEOS seit 2012 Teilabstimmungen durchgeführt, komplette Abstimmungen seit 2020. Die anderen deutschen Parteien wie CSU (2017), Bündnis 90/Die Grünen (2017) und SPD (2018) machen erst seit wenigen Jahren von Online-Abstimmungen Gebrauch. Während CDU, FDP, CSU und Bündnis 90/Die Grünen Online-Abstimmungen bei Sachfragen nutzen, nutzt die SPD Online-Abstimmungen jedoch auch für Personalfragen. Einen Sonderfall stellen die NEOS dar, die im Gegensatz zu allen anderen Parteien Online-Abstimmungen bisher lediglich für Personalfragen nutzen. Sachfragen waren bisher noch kein Thema. Damit machen CDU und FDP zwar am längsten von Online-Abstimmungen Gebrauch. Die SPD nutzt das Verfahren von Online-Abstimmungen jedoch sowohl für Sach- als auch für Personalfragen.

Mitgliederentscheide

Mitgliederentscheide sind inzwischen ein häufig genutztes Instrument, um die Mitglieder bei parteipolitischen Entscheidungen einzubinden. Die SPD führte bspw. nach den letzten Koalitionsverhandlungen Anfang 2018 einen Mitgliederentscheid durch. Aber auch auf regionaler Ebene lassen sich verschiedene Beispiele finden. In der Studie ging es um die Frage, ob Mitgliederentscheide stattfinden und wenn ja, ob diese digital oder analog durchgeführt werden. Die CSU und die österreichischen Grünen sind diejenigen Parteien, die bisher gar keine Mitgliederentscheide durchführen. Alle anderen nutzen Mitgliederentscheide, um ihre Mitglieder bei Entscheidungen einzubinden. Die Linkspartei und die ÖVP nutzen Mitgliederentscheide bisher jedoch nur analog. Alle anderen Parteien führen diese sowohl digital als auch analog durch. Keine Partei nutzt den rein digitalen Mitgliederentscheid. Sofern Angaben vorliegen, ist die digitale Beteiligungsquote nicht höher als die analoge Beteiligungsquote, sondern in etwa gleich (Bündnis 90/Die Grünen). Insgesamt zeigt sich, dass die Beteiligungsquoten sehr stark zwischen den Parteien variieren. Beim Mitgliederentscheid der FDP gegen den Euro-Rettungsfonds ESM 2011 lag die Beteiligungsquote bei 31,6 Prozent, beim NRW-Koalitionsvertrag 2017 immerhin bei 40,45 Prozent. Höhere Beteiligungsquoten können dort die anderen Parteien vorweisen: Bei Mitgliederentscheiden der SPD 2013 lag die Beteiligungsquote bei 78 Prozent. Bei beiden Mitgliederentscheiden in 2019 lag die Beteiligung jedoch nur bei 53 Prozent und 54 Prozent und das, obwohl es um den Parteivorsitz ging. In einem ähnlichen Bereich liegen die Beteiligungsraten der NEOS, die bei ca. 60 Prozent liegen.

Die „Urabstimmungen“ der Linkspartei, die diese lediglich analog durchführen, weisen eine Beteiligungsquote im Jahr 2007 von 82,6 Prozent auf. Bei der Abstimmung über das Parteiprogramm 2011 lag sie jedoch nur bei 48,6 Prozent. Eine These, dass die Beteiligungsquoten sich somit über den Zeitverlauf insgesamt positiv entwickeln und zunehmen, lässt sich vorerst nicht feststellen.

Online-Parteitage

Gerade vor dem Hintergrund der anhaltenden Corona-Pandemie erhielt die Diskussion über Online-Parteitage eine neue Dimension. Der eigentlich für das Frühjahr 2020 geplante Parteitag der CDU, bei dem der Nachfolger von Annegret Kramp-Karrenbauer als Parteivorsitzende gewählt werden sollte, musste wegen von Corona mehrmals verschoben werden. Aufgrund des deutschen Parteiengesetzes konnten Online-Parteitage bisher keine verbindlichen Beschlüsse fassen und auch keine Vorstände wählen oder Satzungsänderungen beschließen. Die Generalsekretäre der deutschen Parteien (CDU, CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und DIE LINKE) haben sich jedoch in einer gemeinsamen Initiative für die Änderung des Wahlgesetzes ausgesprochen, da sonst auch die Aufstellungsverfahren der Kandidaten für die Bundestagswahl 2021 in Gefahr geraten könnten.¹³

In Österreich finden bei den Grünen und bei der ÖVP - unabhängig von Corona - keine Online-Parteitage statt und sind auch nicht geplant. In Deutschland plant nur die Linkspartei keine Online-Parteitage. Die österreichischen NEOS wollen sie künftig durchführen. Bei der CDU, SPD und CSU finden Online-Parteitage bisher auf regionaler Ebene statt - bei der CDU auf regionaler Ebene seit 2000, bei der SPD und der CSU seit 2020. Bündnis 90/Die Grünen führt seit 2020 Online-Parteitage auf nationaler Ebene durch. Ein weiterer Online-Parteitag von Bündnis 90/Die Grünen fand auf regionaler Ebene 2000 in Baden-Württemberg statt. Die FDP führte bisher Online-Parteitage im Rahmen des FDP-Internetverbandes LV Net durch. Vor dem Hintergrund der anhaltenden Corona-Pandemie und der damit verbundenen Notwendigkeit, Veranstaltungen in den digitalen Raum zu verlegen, dürften sich gerade bei dem Thema Online-Parteitage weitere Entwicklungen hin zu digitalen Formaten abzeichnen.

Plattformen

Insbesondere im Vorfeld von Parteitagen kommt Plattformen, auf denen Beschlüsse eingebracht und diskutiert werden können, eine besondere Rolle zu. Gerade die neuen politischen Bewegungen werben mit diesen Plattformen, auf denen eine basisdemokratische Beteiligung ermöglicht werden soll. Lediglich die österreichischen Grünen und die ÖVP bieten hierfür keine Möglichkeiten. Die FDP nutzt hierfür ihre zentrale Plattform „meine freiheit“, die CDU das parteiinterne Mitgliedernetz „cduplus“, die CSU den Mitgliederbereich ihres CMS und die SPD Diskussionsforen und Konferen-

zen. Die Linkspartei nutzt hierfür Angebote von „liquid democracy“. Von diesen Plattformen, die auch andere Tools haben, unterscheidet sich das Tool „Antragsgrün“. Es ist ein „Antrags-Verwaltungs-System, das speziell für Parteitage, Verbandstagungen sowie Programmdiskussionen entwickelt wurde.“¹⁴ Dieses Tool wird sowohl von den NEOS (Antragsschmiede) als auch von Bündnis 90/Die Grünen (Antragsgrün) bspw. für die anstehende Bundesdelegiertenkonferenz im November 2020 in Karlsruhe genutzt.¹⁵

Insgesamt zeigt sich, dass Online-Plattformen inzwischen ein gängiges Tool für die Parteilarbeit sind. Alle Parteien nutzen sie, nur die österreichischen Grünen, die NEOS und die Linkspartei haben sonst abseits der oben aufgeführten Plattformen für die Parteitagsarbeit keine weiteren Plattformen. Alle anderen Parteien nutzen Online-Plattformen jedoch im unterschiedlichen Ausmaß. Die ÖVP hat bspw. 2.5000 registrierte Mitglieder auf ihrer Online-Plattform, aber es gibt keine Möglichkeit, sich durch Beiträge aktiv einzubringen. Ähnlich ist dies bei der CSU mit zwar 20.000 registrierten Mitgliedern, aber keiner Beteiligungsmöglichkeit. Die FDP hat mit über 10.000 Nutzerinnen und Nutzer zwar mehr Registrierungen als ÖVP und CSU in absoluten Zahlen, aber es wird nicht erfasst, wie viele sich hier auch aktiv beteiligen. Bei der CDU-Plattform sind etwa 10 Prozent der Mitglieder registriert. In absoluten Zahlen wären dies etwa 40.000 Registrierungen, von denen sich jedoch nur zwischen einem und fünf Prozent aktiv durch Beiträge beteiligen. Bei der SPD gibt es unterschiedliche Lösungen der Landesverbände und Bezirke, sodass es keine bundesweite Auswertung der Plattformen gibt. Keine Aussagen zum Nutzungsvolumen sind bei den deutschen Grünen möglich.

Gemein ist denjenigen Parteien, die Online-Plattformen auch abseits von Parteitagen nutzen, dass diese insgesamt dauerhaft genutzt werden (Bündnis 90/Die Grünen, FDP, CDU, CSU, SPD, ÖVP) und nicht nur zu bestimmten Anlässen.

Insgesamt gibt es jedoch gerade in diesem Bereich noch Entwicklungspotenzial. Das fängt bei der generellen Möglichkeit für die aktive Beteiligung an und endet bei der Erfassung und Steigerung der Beteiligungsquoten.

Online-Veranstaltungen

Nicht zuletzt durch die Corona-Pandemie werden diverse Veranstaltungen in den digitalen Raum verlegt. Alle Parteien dieser Untersuchung bieten Workshops, Camps, Seminare, Themen- und Regionalkonferenzen digital an. Jedoch ergeben sich auch hier deutliche Unterschiede. Die österreichischen Grünen bieten digitale Veranstaltungen erst seit Corona an, sodass es hier noch keine Regelmäßigkeit gibt. Anders die anderen Parteien. Bündnis 90/Die Grünen, CSU, FDP, ÖVP, NEOS und DIE LINKE bieten auf wöchentlicher Basis verschiedene Veranstaltungen an. Dies reicht von Weiterbildungen und Schulungen für Mitglieder bis zu inhaltlichen Diskussionsrunden oder Podiumsdiskussionen. Bei der ÖVP, den Linken und den deutschen Grünen

beteiligen sich mehrere Hundert Teilnehmerinnen und Teilnehmer an diesen Veranstaltungen. Bei den NEOS sind die Seminare regelmäßig ausgebucht. Der Bedarf an derartigen Formaten ist demnach gegeben. CDU und SPD bieten auf einer monatlichen Basis Online-Veranstaltungen an und erreichen damit ebenfalls mehrere Hundert Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Gerade bei den Online-Veranstaltungen zeigt sich offenbar, dass diese von den Mitgliederinnen und Mitgliedern intensiv genutzt werden - unabhängig von Corona.

Mitglieder-App

Eine weitere Kategorie im Bereich der Digitalisierung ist eine Mitglieder-App. Gerade in Wahlkampfzeiten stellt eine App eine beliebte Möglichkeit dar, um den Wahlkampf möglichst effizient zu organisieren. Vor dem Hintergrund, dass in Deutschland und Österreich die datenbasierte Wähleransprache vor hohen rechtlichen Hürden steht,¹⁶ ist von Interesse, ob und für welche Zwecke die App genutzt wird. Von den befragten Parteien haben drei Parteien keine App: die ÖVP, die österreichischen Grünen und DIE LINKE. Alle anderen Parteien haben eine Mitglieder-App und nutzen diese für unterschiedliche Zwecke. Die App von Bündnis 90/Die Grünen hat die meisten Funktionen und ist damit am umfangreichsten: Abseits von Mobilisierung werden in der App die Neumitglieder begrüßt, es gibt eine Abfrage von Interessensgebieten der Mitglieder und eine thematische Vernetzung von Parteimitgliedern. Zudem finden sich in der App allgemeine politische Informationen für Mitglieder. Auch die App der CSU ermöglicht neben der Mobilisierungsfunktion eine thematische Vernetzung von Parteimitgliedern und stellt allgemeine politische Informationen zur Verfügung. Die Apps der NEOS und der CDU stellen neben der Mobilisierungsfunktion bisher nur allgemeine politische Informationen zur Verfügung. Die FDP nutzt ebenfalls Apps, bspw. für Parteitage oder für ihre Mitgliederzeitschrift, verwendet aber keine App als zentrales Mitgliederportal. Insgesamt zeigt sich somit auch bei der App, dass die Nutzung weiter ausbaufähig ist. Dies zeigt sich auch bei der Anzahl der registrierten Nutzer. Lediglich die CSU macht hier Angaben. Die App der CSU hat 6.500 registrierte Nutzer. Würde man diese Nutzerinnen und Nutzer auf die Mitgliederzahl hochrechnen, wären dies etwa 4,5 Prozent. Zu berücksichtigen ist jedoch, dass die App wieder deinstalliert und prinzipiell auch von Nicht-Mitgliedern geladen werden kann.

Newsletter

Newsletter gehören inzwischen zum Alltag, um die eigenen Stakeholder und Zielgruppen über aktuelle Themen und Entwicklungen zu informieren. Alle Parteien nutzen Newsletter. Jedoch zeigen sich auch hier Unterschiede dahingehend, wie regelmäßig und flächendeckend die Newsletter verschickt werden. Die ÖVP, NEOS, DIE LINKE, CDU, CSU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen verschicken den Newsletter regelmäßig bzw. anlassbezogen und flächendeckend: die ÖVP und CDU anlassbezogen, DIE LINKE, FDP und NEOS wöchentlich. Die CSU und Bündnis 90/Die Grünen verschicken ihren

Newsletter zwar regelmäßig und flächendeckend, jedoch nur einmal im Monat. Die SPD verschickt ihren Newsletter zwar flächendeckend, aber unregelmäßig. In welchem Abstand der Versand erfolgt, ist nicht angegeben. Die österreichischen Grünen verschicken ihren Newsletter zwar regelmäßig (wöchentlich), aber nicht flächendeckend.

Eine flächendeckende Erreichung ist eine Schwierigkeit beim Newsletterversand. Nach wie vor verfügt nicht jeder Mensch über eine Mailadresse, um über Newsletter erreicht zu werden. Zudem ist hierfür meist eine explizite Registrierung notwendig und auch Nicht-Mitglieder können sich oftmals für einen Newsletter registrieren. Es hängt zudem oftmals davon ab, wie „internetaffin“ die Mitglieder sind, um auf digitalen Wegen von der Partei erreicht zu werden. Insgesamt zeigt sich jedoch, dass fast alle der abgefragten Parteien hierzu Zahlen vorliegen haben und mindestens 25 Prozent ihrer Mitglieder damit erreichen.

Angebote für Neumitglieder und interessierte Nicht-Mitglieder

Vor dem Hintergrund, dass bei jungen Menschen keine allgemeine Politikverdrossenheit, sondern eine Parteienverdrossenheit zu erkennen ist,¹⁷ stellt sich die Frage, ob die Parteien gezielte Angebote für Neumitglieder aber auch für interessierte Nicht-Mitglieder haben, die sich zwar für Politik interessieren, aber kein Parteimitglied werden möchten. Abgesehen von CDU und den österreichischen Grünen haben die anderen sieben Parteien hier gezielte Angebote. Die Linkspartei, Bündnis 90/Die Grünen, NEOS, SPD, FDP ermöglichen es Nicht-Mitgliedern, an digitalen Veranstaltungen teilzunehmen. Dieses Angebot haben CSU und ÖVP nicht, jedoch hat die ÖVP eine OnBoarding-Mail bei Eintragung in bestimmte Newsletter und auch bei der CSU gibt es neben dem Newsletter die Möglichkeit, die App in Anspruch zu nehmen. Hinsichtlich der Angebote für Neu-Mitglieder beschränkt sich das Angebot bei Bündnis 90/Die Grünen, NEOS, CSU und FDP auf die digitale Kontaktaufnahme und digitale Einführungsveranstaltungen. Die SPD bietet zwar neben der digitalen Kontaktaufnahme noch die Teilnahme an Umfragen an, aber keine digitalen Einführungsveranstaltungen. Gerade in diesem Bereich, wo potenzielle neue Mitglieder gewonnen und neue Mitglieder gehalten werden können, ist somit noch deutliches Potenzial zu erkennen.

Social-Media-Kanäle

Social Media ist ein Kernbestandteil unserer täglichen Kommunikation geworden. Eine aktuelle ARD/ZDF-Onlinestudie von 2020 zeigt, dass WhatsApp nach wie vor die meistgenutzte Social-Media-Anwendung ist. Knapp 70 Prozent der Befragten nutzen WhatsApp täglich. Andere Anwendungen, wie Facebook (14 Prozent), Instagram (15 Prozent - bei den 14 bis 29-Jährigen sind es 68 Prozent) und Twitter werden deutlich weniger genutzt.¹⁸ Es wundert deswegen wenig, dass alle der befragten Parteien in den sozialen Medien präsent sind und diese für ihre Parteiarbeit nutzen. Jedoch gibt es auch hier unterschiedlich starke Ausprägungen - wenngleich alle Parteien Social

Media täglich nutzen. Die ÖVP führt hier das Feld hinsichtlich der Anzahl der Social Media Kanäle an. Neben Facebook, Twitter, YouTube, Instagram und TikTok werden auch LinkedIn und Telegram genutzt. Die Linke und CDU nutzen neben Facebook auch Twitter, YouTube, WhatsApp und Instagram, DIE LINKE zudem noch Telegram und die CDU Notify. Die österreichischen Grünen sind auf Facebook, Twitter, Youtube, WhatsApp und Instagram aktiv. TikTok wird bisher nicht genutzt. Auch die FDP und die CSU nutzen TikTok bisher nicht, jedoch Facebook, Twitter, YouTube und Instagram. Die CSU ist zudem auf LinkedIn präsent, die FDP bei Wire. Die SPD und die NEOS sind insgesamt betrachtet auf weniger Social Media Kanälen als die anderen Parteien vertreten. Die SPD bespielt Facebook, Twitter, YouTube, Instagram und Telegram, während die NEOS Facebook, Twitter, Youtube, Instagram und TikTok bespielen. Interessanterweise sind die deutschen Grünen, die in anderen Kategorien oftmals das Spitzenfeld anführen, hier das Schlusslicht hinsichtlich der Anzahl ihrer Social Media Präsenz. Sie sind lediglich bei Facebook, Twitter, Youtube und Instagram aktiv.

Wenngleich man sagen könnte, dass auch hier die Parteien noch Potenziale haben, ist eine aktive Nutzung der Kanäle essentiell. Es bringt daher nichts, Social Media Accounts zu haben, die nicht bespielt werden. Von daher kann auch manchmal weniger mehr sein.

Mitgliedermanagement

Daten werden oftmals als das Öl oder auch Rohstoff der Zukunft bezeichnet.¹⁹ Nicht unwichtig sind für die Parteiarbeit die Mailadressen der Mitglieder – nicht zuletzt für den erfolgreichen Versand der Newsletter. Dennoch zeigt sich, dass viele Parteien allein per Mail ihre Mitglieder nicht erreichen können. Die ÖVP und die österreichischen Grünen machen hierzu keine Angaben, aber die CSU, SPD und die Linke haben die Mailadressen von etwa 50 Prozent ihrer Mitglieder. Bei der CDU sind es immerhin 60 bis 100 Prozent, wobei dies stark von der Parteiebene abhängt. In einem Orts- oder Kreisverband ist es sehr viel einfacher, die Mailadressen aller Mitglieder zu haben, als auf Bundesebene. Gerade deswegen ist ein gutes Mitgliedermanagement unerlässlich. Die FDP gibt immerhin an, ca. 77 Prozent der Mailadressen ihrer Mitglieder zu haben. Spitzenreiter sind in dieser Kategorie die NEOS mit über 90 Prozent und Bündnis 90/Die Grünen, die auf 96 Prozent kommen. Damit decken die Grünen nahezu fast alle ihre Mitglieder ab. In diesem Bereich ist somit bei vielen Parteien noch Luft nach oben, damit sie ihre Mitglieder auf digitalen Wegen bestmöglich erreichen können. Ein gut organisiertes Mitgliedermanagement, das veraltete Emailadressen entfernt oder durch neue ersetzt, ist für die digitale Beteiligung der Mitglieder unerlässlich.

4. Potenziale der Parteien

Die technischen Möglichkeiten der digitalen Beteiligung sind noch längst nicht erschöpft: Sei es bei Mitglieder-Apps, der Nutzung von Plattformen für die Parteiarbeit,

dem Anteil der aktuellen E-Mail-Adressen und der damit verbundenen Erreichbarkeitsquote oder auch bei Angeboten für Neumitglieder und interessierte Nichtmitglieder. Das gleiche gilt für virtuelle Parteigliederungen, virtuelle Abstimmungen und Online-Parteitage. Hier stehen den technischen Möglichkeiten jedoch bisher rechtliche Einschränkungen entgegen.

Ungeachtet dessen zeigt sich, dass ein Großteil der Parteien in Deutschland und in Österreich verschiedene digitale Formen der innerparteilichen Beteiligung anbietet. Die Möglichkeiten variieren jedoch erheblich. Parteien mit einem hohen Digitalisierungsgrad wie FDP, CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und mit ein paar Abstrichen auch die CDU stehen Parteien mit einem geringen Digitalisierungsgrad gegenüber (NEOS, ÖVP, die österreichischen Grünen). Dass es gerade bei der ÖVP, die sich als Vorreiter digitaler Mobilisierung versteht,²⁰ so gering ausfällt, ist überraschend. Aber Online-Abstimmungen, Mitgliederentscheide, Online-Parteiversammlungen, Online-Plattformen, Themenforen oder Mitglieder-Apps, mit Hilfe derer Neumitglieder begrüßt, allgemeine politische Informationen bereitgestellt werden oder sich Mitglieder mit gleichen Interessen ortsunabhängig vernetzen könnten, sind in der ÖVP schwach ausgeprägt oder gar nicht vorhanden. Überraschend schwach sind auch die österreichischen Grünen hinsichtlich ihres Digitalisierungsgrades. Im Vergleich zu ihrer deutschen Schwesterpartei schneiden sie deutlich schlechter ab. Abseits von einem Newsletter und ihrer Präsenz in sozialen Netzwerken nutzen sie kaum weitere digitale Tools wie Plattformen, Apps u.a. Möglichkeiten für ihre innerparteiliche Arbeit.

Insgesamt zeigt sich, dass digitale Mitgliederentscheide, Online-Parteitage oder Mitglieder-Apps noch nicht die Regel sind. Überraschenderweise nutzen noch nicht einmal alle Parteien Online-Plattformen zur Bereitstellung von Informationen für Interessierte oder als Diskussionsforen. Die Nutzung sozialer Netzwerke und der Versand elektronischer Newsletter zählt jedoch für alle Parteien mittlerweile zum Alltag. Die Reichweite der Newsletter schwankt jedoch erheblich zwischen „unbekannt“ (ÖVP, österreichische Grüne) über 25 bis 35 Prozent (DIE LINKE, CDU) bis hin zur fast vollständigen Erreichung der Mitglieder (Bündnis 90/ Die Grünen). Sie sind aber auch kein interaktives, sondern ein eher einseitiges Instrument der Kontaktpflege, wenn man vom klassischen Leserinnenbrief einmal absieht.

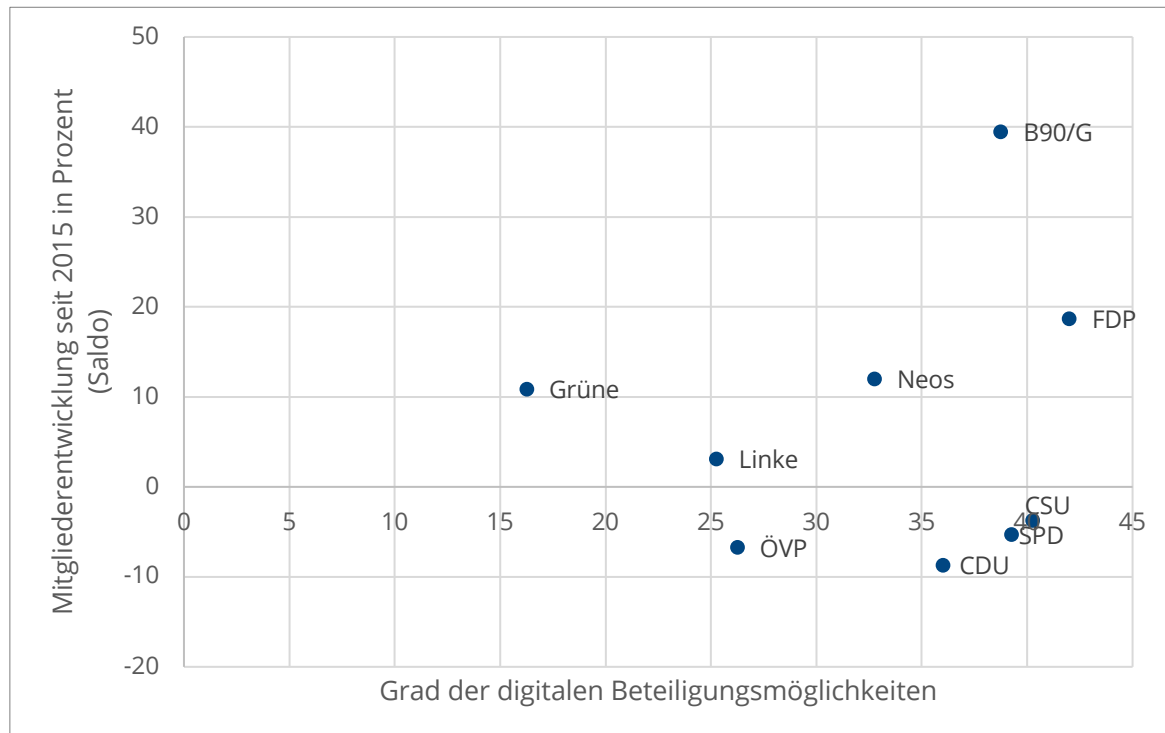
Eine Frage, die sich bei den Diskussionen um digitale Partizipation immer wieder stellte, ist, ob die Möglichkeiten digitaler Beteiligung die Attraktivität von Parteimitgliedschaften erhöht und ob sich Zusammenhänge zwischen Digitalisierungsgrad einer Partei und ihrer Mitgliederentwicklung beobachten lassen.²¹

5. Innerparteiliche Beteiligung und Mitgliederdynamik

Diese Frage lässt sich im Einzelnen nicht beantworten, da für diese Studie keine Befragung von Neumitgliedern zu ihren Beitrittsmotiven durchgeführt wurde. Betrachten

wir als groben Gradmesser der Attraktivität einer Parteimitgliedschaft die Mitgliederentwicklung – hier die der letzten fünf Jahre, in denen die digitalen Beteiligungsformate deutlich zugenommen haben –, dann ist in aggregierter Perspektive der Zusammenhang zwischen digitalen Beteiligungsmöglichkeiten und der Mitgliederentwicklung schwach ausgeprägt (vgl. Abbildung 2).

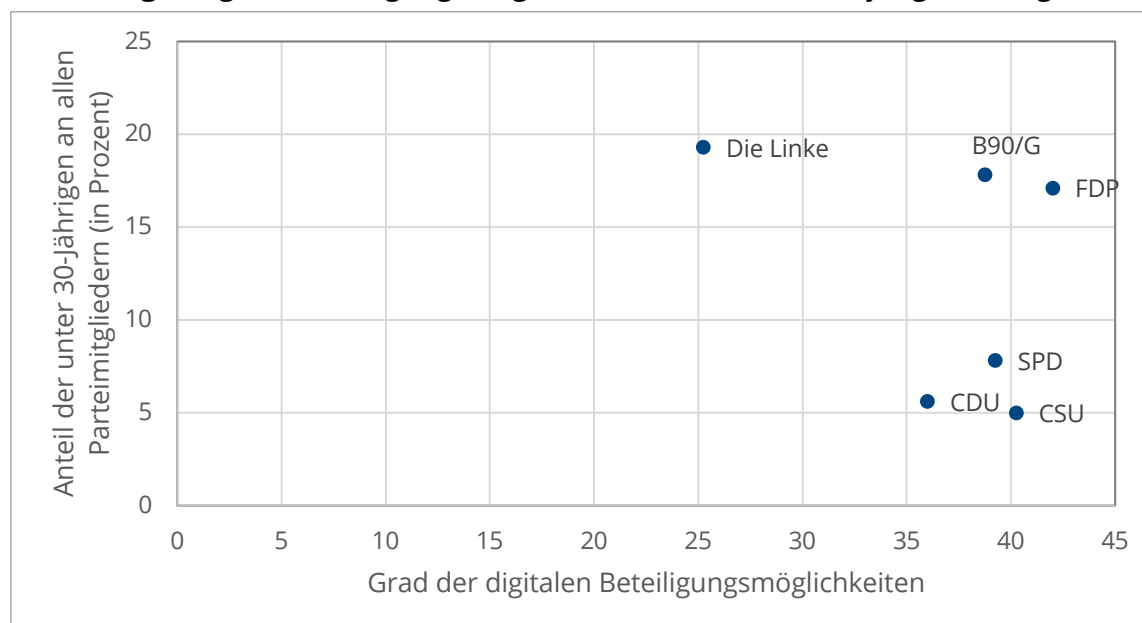
Abbildung 2 Digitale Beteiligungsmöglichkeiten und Mitgliederentwicklung



Quelle: Eigene Berechnung; Mitgliederentwicklung nach Niedermeyer (2020: 424f.), Der Standard (2008); Neuwal.com (2014), Statista (2019).²²

Zwar gibt es Kovarianzen zwischen beiden Variablen, das heißt Parteien, die ein hohes Maß an digitalen Beteiligungsmöglichkeiten bieten *und* einen Anstieg der Mitgliederzahlen verzeichnen können, wie Bündnis 90/Die Grünen, die FDP und mit Abstrichen die NEOS. Es gibt aber auch Fälle, in denen nur bei einer der betrachteten Variablen eine positive Ausprägung zu verzeichnen ist, z.B. die CSU (hohe Digitalisierung, negative Mitgliederentwicklung) oder die österreichischen Grünen (umgekehrt). Für die ursprünglich von Parteien geäußerte Hoffnung, dass digitale Beteiligungsformate Parteimitgliedschaften generell attraktiver machen, findet sich kein Beleg, jedenfalls nicht derart, dass man sagen könnte, der Ausbau digitaler Beteiligungsmöglichkeiten sei ein Rezept gegen Mitgliederverluste oder gar eines für Mitgliederzuwachs. Die SPD bspw. liegt in Bezug auf digitale Beteiligung auf Platz drei dieser Untersuchung, leidet aber unter anhaltenden Mitgliederverlusten. In den letzten fünf Jahren schrumpfte die Mitgliedschaft um 5,3 Prozent. In längerer Perspektive ist die Lage weitaus dramatischer.²³

Abbildung 3 Digitale Beteiligungsmöglichkeiten und der Anteil jüngerer Mitglieder



Quelle: Eigene Berechnung nach Niedermeyer (2020: 433ff.)²⁴

Auch für die Vermutung, dass Parteien mit vielen digitalen Beteiligungsmöglichkeiten besonders attraktiv für jüngere Mitglieder sind, findet sich keine Bestätigung (vgl. Abbildung 3). Bei den Aussagen müssen wir uns allerdings auf die deutschen Parteien beschränken, da die österreichischen Parteien interne Strukturdaten nicht systematisch erfassen oder zur Verfügung stellen. Für die deutschen Parteien zeigt sich, dass mit Bündnis 90/Die Grünen und der FDP zwei Parteien, die auch ausgeprägte digitale Beteiligungsmöglichkeiten anbieten, vergleichsweise hohe Anteile von unter 30-Jährigen in ihren Reihen haben. Die Partei mit dem höchsten Anteil von unter 30-jährigen Mitgliedern, DIE LINKE, ist aber am wenigsten digital von den deutschen Parteien. Die CSU wiederum, die ebenfalls zu den „digitalsten“ Parteien in Deutschland zählt, weist einen für Volksparteien nicht untypisch niedrigen Anteil jüngerer Mitglieder aus. Abgesehen davon, dass die Fallzahl nach dem vorübergehenden Ausscheiden der österreichischen Parteien in diesem Punkt zu gering ist, um auf verallgemeinerbare Zusammenhänge zu schließen, spricht aus diesen Daten nichts dafür, dass sich jüngere Mitglieder von mehr digitalen Beteiligungsmöglichkeiten in den etablierten Parteien angesprochen fühlen.

6. Fazit

Die Digitalisierung wird auch in den Parteien weiter zunehmen, allein schon deshalb, weil die technischen Möglichkeiten dazu bestehen und auch der „Datenhunger“ der Parteien zunimmt.²⁵ Auch digitale Beteiligungsformen werden zweifellos zunehmen. Die Corona-Pandemie hat diese Entwicklung sicher beschleunigt, da vieles, was bisher nur lokal und temporär ausprobiert wurde, in den Parteien zur Routine wurde und die

Parteiarbeit erleichtert hat. Für „echte“ digitale Parteitage, also solche, auf denen auch digital Vorstandswahlen oder andere Personalentscheidungen getroffen werden können, oder mit geographisch definierten Verbänden gleichberechtigte virtuelle Parteigliederungen, fehlt zwar noch die gesetzliche Basis. Es ist aber sehr wahrscheinlich, dass angesichts der Vorteile, die digitale Parteiarbeit bietet (orts- und teilweise auch zeitunabhängiges Engagement, thematische Vernetzung, große Reichweiten), digitale Versammlungen und Online-Abstimmungen erstens verstärkt und zweitens gesetzlich geregelt werden.

Teilweise wird die Parteiarbeit dadurch erleichtert, teilweise geht den Parteien durch digitale Beteiligung aber auch ein Stück Authentizität verloren.²⁶ Manchen mag die Versammlung im Ortsverein altmodisch vorkommen, aber sie gehört zum Parteileben, genauso wie herkömmliche Präsenz-Parteitage mit ihren Diskussionen, Stimmungen und Stimmungsschwankungen. Parteien sind eben keine Online-Versandhäuser, sondern Organisationen, in denen auch immer wieder von Angesicht zu Angesicht diskutiert und live um Mehrheiten gerungen werden muss.

Ungeachtet der Vorteile, die digitale Beteiligungsmöglichkeiten bieten, sind sie kein Mittel, Parteimitgliedschaften deutlich attraktiver zu machen. Menschen engagieren sich in Parteien, weil sie sich mit Zielen, Werten, der Programmatik, konkreten Inhalten oder Personen identifizieren, nicht, weil sie in erster Linie gute digitale Beteiligungsmöglichkeiten vorfinden. Kommt beides zusammen, ist das zweifellos ein Vorteil, der verstärkt genutzt werden kann. Wie bereits durch andere Untersuchungen belegt wurde, sind es oftmals dieselben Parteimitglieder, die sich offline und online engagieren²⁷. Notwendige Voraussetzung für mehr innerparteiliches Engagement und Mitgliederzulauf ist die innerparteiliche Digitalisierung deshalb nicht.

¹ Wiesendahl, Elmar (2003). „Parteiendemokratie in der Krise. Das Ende der Mitgliederpartei?“, in: Manuela Glaab (Hrsg.): Impulse für eine neue Parteiendemokratie. Analysen zu Krise und Reform. (Schriftenreihe der Forschungsgruppe Deutschland, Band 15) München: Centrum für angewandte Politikforschung, S. 21-38; ders. (2006). Mitgliederparteien am Ende? Eine Kritik der Niedergangsdiskussion. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

² Dietsche, Hans-Jörg (2006). „Eine ‘Renaissance’ der kleinen Parteien? Zu den Entwicklungsmöglichkeiten kleiner Parteien im deutschen Volksparteiensystem“, in: Uwe Jun, Henry Kreikenbom und Viola Neu (Hrsg.): Kleine Parteien im Aufwind? Zur Veränderung der deutschen Parteienlandschaft. Frankfurt am Main: Campus, S. 58-74.

³ Vgl. Niedermeyer, Oskar (2019). „Parteimitglieder in Deutschland: Version 2020“. Online verfügbar unter: https://refubium.fu-berlin.de/bitstream/handle/fub188/27961/P-PMIT20_Nr_31.pdf?sequence=1&isAllowed=y [02.10.2020], Kölln, Ann-Kristin (2014): Wie reagieren Parteien auf den Mitgliederschwund? Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung, S. 16; van Biezen, Ingrid, Peter Mair und Thomas Poguntke (2011). „Going, going, ... gone? The Decline of Party Membership in Contemporary Europe“, in: European Journal of Political Research, 51. Jg. Nr. 1, S. 24-56.

⁴ Wiesendahl, Elmar (2001). „Keine Lust mehr auf Parteien. Zur Abwendung Jugendlicher von den Parteien“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 10, S. 7-19.

⁵ Döweling, Annika (2019) „Digitalisierung und innerparteiliche Entscheidungsrechte. Beteiligung von Parteimitgliedern an Personalwahlen und Abstimmungen im Internet“. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 1.

⁶ Marschall, Stefan (2001). „Virtuelle Parteibuchinhaber – Chancen und Grenzen internet-basierter Parteimitgliedschaft“, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): ParteiPolitik 2.0. Der Einfluss des Internet auf parteiinterne Kommunikations- und Organisationsprozesse. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, S. 29-47; Gerbaudo, Paolo (2019). „The Digital Party. Political Organisation and Online Democracy.“ London: Pluto Press.

⁷ Gerl, Katharina, Stefan Marschall und Nadja Wilker (2016). „Innerparteiliche Demokratie 2.0? Partizipation von Parteimitgliedern im Internet“, in: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft, 10, <https://doi.org/10.1007/s12286-016-0288-7>, S. 115–149; Michels, Dennis und Isabelle Borucki (2020). „Die Organisationsreform der SPD 2017-2019: Jung, weiblich, digital?“, in: Politische Vierteljahresschrift. Online verfügbar unter: <https://doi.org/10.1007/s11615-020-00271-1>, [03.09.2020].

⁸ Wir bedanken uns auch auf diesem Wege nochmals herzlich bei den Parteien für ihre Teilnahme.

⁹ Bieber, Christoph (2014). „Online-Partizipation in Parteien – Ein Überblick“, in: Kathrin Voss (Hrsg.): Internet und Partizipation. Bottom-up oder Top-down? Politische Beteiligungsmöglichkeiten im Internet. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 173-191.

¹⁰ Marschall, Stefan (2001). „Virtuelle Parteibuchinhaber“, vgl. Anm. 6.

¹¹ Hasenkamp, Ellen und Mathias Puddig (2020). „Parteien: Mehr Digitales wagen“, Heidenheimer Zeitung vom 17. Juni 2020. Online verfügbar unter: <https://www.hz.de/politik/parteien-mehr-digitales-wagen-47091267.html> [07.08. 2020].

¹² Zu den 62 Punkten hätte noch eine unbestimmte Zahl an Zusatzpunkten vergeben werden können, sofern Möglichkeiten der digitalen Beteiligung genannt worden wären, die im Fragebogen nicht explizit vorgegeben waren, sondern als „sonstige“ oder „weitere“ Formen angeboten wurden.

¹³ Vgl. Rheinische Post (2020). „Generalsekretäre sprechen sich für Online-Parteitage aus.“ Online verfügbar unter: https://rp-online.de/panorama/coronavirus/generalsekretaere-sprechen-sich-fuer-online-parteitage-aus_aid-51514525 [01.10.2020].

¹⁴ Antragsgrün (2020). Das Grüne Antragstool. Online verfügbar unter: <https://antragsgruen.de/> [02.10.2020].

¹⁵ Vgl. Bündnis 90/Die Grünen (2020). 45. Bundesdelegiertenkonferenz Karlsruhe. Online verfügbar unter: <https://antraege.gruene.de/> [02.10.2020] und NEOS (2020): NEOS Antragsschmiede. Online verfügbar unter: <https://antragsschmiede.neos.eu/> [02.10.2020].

¹⁶ Vgl. Zinke, Christian (2020). Datenbasierte Wähleransprache. Stand, Möglichkeiten und Grenzen in Deutschland. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.

¹⁷ Vgl. Borucki, Isabelle/Michels, Dennis/Ziegler, Stine (2020). „Parteiarbeit jenseits der Kaffeepause. Die digitale Mitmachpartei als unvollständiges Substitut“. Essay. Online verfügbar unter: https://regierungsforschung.de/wp-content/uploads/2020/10/13102020_regierungsforschung.de_Borucki-et-al._digitale-Parteitage.pdf [05.11.2020].

¹⁸ ARD/ZDF (2020). „Ergebnisse der ARD/ZDF-Onlinestudie 2020“, S. 12. Online verfügbar unter: https://www.ard-zdf-onlinestudie.de/files/2020/2020-10-02_Onlinestudie2020_Publikationscharts.pdf [13.10.2020].

¹⁹ Vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung (2020). „Big & Smart Data. Daten als Rohstoff“. Online verfügbar unter: <https://www.bildung-forschung.digital/de/big-smart-data-daten-als-rohstoff-1830.html> [14.10.2020].

²⁰ Vgl. Holter, Lukas und Philipp Maderthaner (2019). „Das unsichtbare Fundament des Erfolgs“, in: Thomas Hofer und Barbara Tóth (Hrsg.): Wahl 2019. Strategien, Schnitzel, Skandale. Salzburg: Ecowin, S. 211-221.

²¹ Gerl, Marschall und Wilker (2016) und Borucki, Michels und Ziegler (2020: 4), vgl. Anm. 7; Gerbaudo (2019:5), vgl. Anm. 6.

²² Niedermeyer, Oskar (2020). „Parteimitgliedschaften im Jahre 2019.“, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 51. Jg., Heft 2, S. 419-448; Der Standard (2008). „Wieviele Mitglieder haben die österreichischen Parteien jeweils?“ Online verfügbar unter: <https://www.derstandard.at/story/1224776617579/wieviele-mitglieder-haben-die-oesterreichischen-parteien-jeweils> [06.10.2020]; Neuwal.com (2014). „Entwicklungen und Überblick: Parteimitglieder in Österreich“. Online verfügbar unter: <https://neuwal.com/2014/11/23/entwicklung-und-ueberblick-partieimitglieder-in-oesterreich/> [06.10.2020]; Statista (2019). „Anzahl der Mitglieder der politischen Parteien in Österreich im März 2017“. Online verfügbar unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/288668/umfrage/mitgliederzahlen-der-politischen-parteien-in-oesterreich/> [06.10.2020].

²³ Niedermayer, Oskar (2020). Vgl. Anm. 22.

²⁴ Ebd.

²⁵ Zinke, Christian (2020). Datenbasierte Wähleransprache, vgl. Anm. 16.

²⁶ Hasenkamp und Puddig (2020), vgl. Anm. 11 und Borucki, Michels und Ziegler (2020), vgl. Anm. 17.

²⁷ Gerl, Marschall und Wilker (2016), vgl. Anm. 7.

Die Autoren

Franziska Fislage ist Referentin Internationaler Parteiendialog in der Abteilung Demokratie, Recht und Parteien der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Dr. habil. Karsten Grabow ist Referent Parteienanalyse in der Abteilung Demokratie, Recht und Parteien der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Impressum

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Franziska Fislage

Internationaler Parteiendialog
Analyse und Beratung
T +49 30 / 26 996-3499
franziska.fislage@kas.de

Dr. habil. Karsten Grabow

Parteienanalysen
Analyse und Beratung
T +49 30 / 26 996-3246
karsten.grabow@kas.de

Dieser Text wurde am 6. November 2020 abgeschlossen.

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2020, Berlin
Gestaltung: yellow too Pasiak Horntrich GbR